

AKTUELLE POST

aus dem Kreistag (8)



29. August 2012

Liebe Genossinnen und Genossen!
Liebe Freundinnen und Freunde!

In der heutigen Kreistagssitzung wurden nur wenige Punkte ausführlich behandelt. Viele Anträge und Berichte sind noch in den Ausschüssen und werden erst nächstes Mal auf der Tagesordnung stehen.

Hier die wichtigsten Punkte:

Unser Antrag eine Tagung zum Thema „Neue politische und organisatorische Strategien neofaschistischer Organisationen“ durchzuführen

Der Kreistag hatte letzten Dezember diesen Antrag angenommen. Der Landrat berichtete, dass die Veranstaltung nun für den 9. November 2012 in Vorbereitung sei. Es gibt dazu Vorbereitungsgruppen, für die noch Mitarbeiter/innen gesucht werden.

Neue Anträge der Linken

Wir haben zwei neue Anträge gestellt:

1. Eine/n Integrationsbeauftragte/n für den Wetteraukreis einzustellen, die mit einer/einem Mitarbeiter/in mit Migrationshintergrund besetzt wird;

Eine Studie zur Lebenssituation von Migrant/inn/en und dem Stand der Integration im Wetteraukreis zu erstellen;

Ein Integrationskonzept für den Wetteraukreis auszuarbeiten und das Integrationskonzept regelmäßig zu evaluieren.

2. Der Kreistag soll den Sozialdezernenten und die Kreistagsmitglieder, die im Beirat des Jobcenters sitzen beauftragen, die Problempunkte des Jobcenter im Beirat (als Aufsichtsgremium) anzusprechen und Abhilfe einzufordern.

Die beiden Anträge wurden ohne weitere Diskussion in den Ausschuss „Jugend. Soziales, Gesundheit“ überwiesen.

Unser Antrag „Nassauische Heimstätte“

Nachdem der Antrag in der letzten Kreistagssitzung in den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen worden war, sollte er nun als erledigt zu den Akten gelegt werden.

Doch nur der erste Punkt unseres Antrags hat sich erledigt. Dort fordern wir den Kreistag auf, sich gegen den Verkauf der „Nassauischen Heimstätte“ auszusprechen. Das Land Hessen hat inzwischen seine Verkaufsabsichten vorerst zurückgezogen. 16 000 Unterschriften waren gegen einen Verkauf gesammelt worden. Und der erhebliche Protest zeigte wohl doch Wirkung.

Doch unser Punkt 2 hat sich überhaupt nicht erledigt. Er lautet: *„Der Kreistag der Wetterau fordert die Hessische Landesregierung auf, eine aktive Rolle auf dem hessischen Wohnungsmarkt auszuüben und das Unternehmen „Nassauische Heimstätte – Wohnstadt“ als Instrument einer sozialen Wohnungspolitik zu stärken und auszubauen.“*

Dieser Abschnitt verbleibt nun bis zur nächsten Kreistagssitzung im Ausschuss. Erst kürzlich war in der Zeitung zu lesen, dass bis zum Jahr 2017 mehr als 2700 Wohnungen in der Wetterau fehlen werden. Besonders Sozialwohnungen müssen gebaut werden, sonst werden die Mieten für viele Menschen unbezahlbar.

Unser Antrag „Leichte Sprache“

Die Linke hatte beantragt: *„Der Kreistag setzt sich für die Umstellung des Schriftverkehrs bei der Kreisverwaltung ein.*

Der Kreisausschuss soll die Kosten prüfen, die dafür anfallen werden.

Landrat Arnold und der Kreisausschuss werden aufgefordert Sorge zu tragen, dass der gesamte Schriftverkehr zukünftig in Leichter Sprache verfasst wird.

Die Mitarbeiter/innen der Kreisverwaltung werden dafür geschult und es wird ein Leitfaden für Leichte Sprache in der Kreisverwaltung des Wetteraukreises erstellt. Die Umstellung des Schriftverkehrs auf Leichte Sprache sollte bis Sommer 2013 erfolgen.“

Es war wie bei Radio Eriwan: im Prinzip wurde unser Antrag angenommen.

Doch erstens formulierte ihn die Regierungskoalition um, damit sie auch noch am Antrag beteiligt ist. Und zweitens mussten sich alle anderen Fraktionen in der Debatte in blasierter Selbstdarstellung dazu äußern. Jeder Redner wusste alles besser als der andere.

Eigentlich kam in der Debatte nur raus, dass sie alle nicht viel Ahnung haben für was Leichte Sprache wirklich gut ist. Es war den Rednern unklar, dass es sich um eine wirkliche Sprache handelt und dass dazu schon Erfahrungen vorliegen.

Die meisten Redner meinten, man könne nicht alles einfach formulieren, sich jedoch bemühen. Unsere Antragsbegründung hatten sie offensichtlich nicht gelesen. (siehe homepage: www.die-linke-wetterau.de)

Der Nauheimer Bürgermeister Häuser wollte wissen, warum man erst einen Antrag der Linken bräuchte, um auf die Idee zu kommen, einfache Briefe zu schreiben. (Das fragen wir uns irgendwie auch.)

Den Landrat müssen wir in dieser Debatte wirklich einmal loben: Er hatte sich bereits einen Leitfaden für Leichte Sprache aus Rheinland-Pfalz besorgt und diesen an die Mitarbeiter/innen der Kreisverwaltung weitergegeben.

Liquidation der gemeinnützigen WAUS GmbH

Es wurde mit den Stimmen der Regierungskoalition und Teilen von FWG und CDU die Liquidation der Wetterauer Beschäftigungsgesellschaft WAUS beschlossen.

DIE LINKE. stimmte dagegen.

Hier unsere Rede dazu:

„Sehr verehrte Frau Kreistagsvorsitzende, sehr verehrte Damen und Herren, es gibt derzeit knapp 3 Millionen Arbeitslose in Deutschland. Ja, die Zahl der Arbeitslosen ist zurückgegangen. Das wurde erreicht durch befristete Beschäftigungen, Minijobs, Leiharbeit, Ein-Euro-Jobs, Bürgerarbeit und Endlos-Praktika. Die verbleibenden 3 Millionen Arbeitslosen sollen mit vielerlei Mitteln ebenfalls in diesen Niedriglohnsektor gezwungen werden.

Gleichzeitig wurden die Beschäftigungsprogramme der Bundesregierung drastisch zurückgefahren. So auch in der Wetterau: Die WAUS erhielt nur noch die Hälfte der Mittel für die Wiedereingliederung von Arbeitslosen: statt 12 Millionen nur noch 6 Millionen Euro. Ebenso ergeht es FAB und RDW.

Bei drei Millionen Arbeitslosen sind Beschäftigungsprogramme weiterhin nötig. Sie wären auch bei zwei Millionen oder weniger Arbeitslosen nötig.

Doch ein-Euro-Jobs und Bürgerarbeit, Minijobs und Leiharbeit sind keine Beschäftigungsprogramme. Hier werden Menschen als Lohndrücker missbraucht und in eine Armutsschleife gezwungen.

Niedriglöhne belasten die sozialen Systeme und schleifen sie.

Wer Niedriglohn bekommt, wird auch im Alter arm sein und Unterstützung brauchen. Die Kinder dieser Familien haben nur geringe Möglichkeiten, der Armut zu entkommen.

DIE LINKE. steht in dieser Art Beschäftigungspolitik ablehnend gegenüber.

Angesichts der beschriebenen Lage, halten wir sinnvolle Beschäftigungsprogramme auch weiterhin für notwendig.

Dabei hat DIE LINKE. ein sehr kritisches Verhältnis zu den Maßnahmen der Beschäftigungsgesellschaften. Immerhin hat die WAUS in der Vergangenheit öfter mit untauglichen Mitteln versucht, aus dem Defizit zu kommen. So wurden Ein-Euro-Jobber

als reguläre Arbeitskräfte eingesetzt. Sie arbeiteten zum Beispiel als Hausmeister an Schulen oder als Gebäudereiniger in Privatfirmen. (Anmerkung: Dies hatte die letzte linke Fraktion an die Öffentlichkeit gebracht und damit diese Vorgehensweise unterbunden.) Diese Praxis entsprach nicht den gesetzlichen Vorgaben: Ein-Euro-Jobber sollten (wie auch Bürgerarbeiter) niemandem den Arbeitsplatz wegnehmen und schon gar nicht als Fachkräfte abgerechnet werden.

*Sehr geehrte Damen und Herren,
ein-Euro-Jobs und Bürgerarbeit beurteilen wir als völlig verfehlt.
Es gibt keine Arbeit, die zusätzlich ist und niemandem einen Arbeitsplatz wegnimmt.
Wenn eine Arbeit nötig ist, ist sie nicht zusätzlich. Und sie muss entsprechend entlohnt werden.*

*Dennoch geht die Liquidation der WAUS zurzeit in die falsche Richtung.
Warum sollte es bei einer Arbeitslosenzahl unter drei Millionen nicht mehr nötig sein, sich um Eingliederungsmaßnahmen zu kümmern? Ist das logisch?
Auch mit 6 Millionen Euro lassen sich noch Eingliederungsmaßnahmen durchführen.
Da die anderen Beschäftigungsgesellschaften FAB und RDW die gleichen Probleme haben, könnte ja auch über eine Zusammenfassung der Maßnahmen beraten werden.*

DIE LINKE lehnt die Liquidation der WAUS ab.“

In der Debatte konnte man gut beobachten, wie die neoliberale Denkart von den Abgeordneten Besitz ergriffen hat. Dass eine Beschäftigungsgesellschaft kein Wirtschaftsbetrieb ist, der etwas herstellt, verkauft und Gewinn macht, wurde ignoriert. Sie sprachen von „Geschäftsmodellen“ und „Wirtschaftlichkeit“, von „Produkten“, die „schlecht vermarktet“ wurden und begründeten damit die Notwendigkeit der Liquidierung. Besonders die CDU wollte überhaupt nicht sehen, dass Bundes- und Landesregierung die Mittel für Eingliederung von Arbeitslosen erheblich gekürzt haben und dadurch den Beschäftigungsgesellschaften das Wasser abgegraben wird.

Zur Sprache kam aber auch, dass es immer wieder Misswirtschaft innerhalb der WAUS gab. Der Aufsichtsrat hat seine Kontrollfunktion offensichtlich nicht ausreichend wahrgenommen. Und in diesem Aufsichtsrat sitzen viele Kreistagsmitglieder.

Viele Grüße von
Rudi und Gabi